

CDU will Austritt aus Euro-Zone ermöglichen

Ruth Berschens, Daniel Delhaes
Brüssel, Berlin

In der CDU wächst der Wunsch, einen Austritt aus der Europäischen Währungsunion im EU-Vertrag zu ermöglichen. Das Thema wird beim CDU-Bundesparteitag kommende Woche eine herausragende Rolle spielen. In der Antragskommission für den Parteitag habe es darüber bereits eine heftige Debatte gegeben, erfuhren das Handelsblatt von Teilnehmern. Die Kommission verständigte sich auf folgende Formulierung für den europapolitischen Leitantrag: „Sollte ein Mitgliedstaat der Währungsunion dauerhaft nicht willens oder in der Lage sein, die mit der gemeinsamen Währung verbundenen Regeln einzuhalten, kann er freiwillig aus der Euro-Zone ausscheiden, ohne die Europäische Union zu verlassen.“ Derzeit ist es im EU-Vertrag nicht vorgesehen, dass ein Staat die Währungsunion wieder verlässt.

Eine Mehrheit für einen Ausschluss von Mitgliedern gab es zwar nicht. Den Euro-Skeptikern in der Partei geht die Formulierung trotzdem noch nicht weit genug. Die CDU-Mittelstandsvereinigung und einige Kreisverbände haben beantragt, neben dem freiwilligen Austritt auch den Ausschluss aus der Euro-Zone vertraglich möglich zu machen. „Die bisherige Strategie, jeden Millimeter des Euro-Raums zu verteidigen, ist auf Dauer die teuerste Lösung für Deutschland“, sagte CDU-Europaparlamentarier Markus Pieper. Die Euro-Zone müsse flexibler werden. „Wenn Polen kommt, darf Griechenland gehen“, sagte Pieper.

In der CDU wächst die Befürchtung, dass Deutschland die Hauptlast der Euro-Schuldenkrise tragen müsse, aber nicht entsprechend viel Einfluss in den EU-Institutionen ausüben könne. Die Antragskommission schlägt daher auch vor, die Stimmrechte in der Führung der Europäischen Zentralbank zugunsten Deutschlands neu zu gewichten. Außerdem wird diskutiert, die Rettungsinstrumente für angeschlagene Euro-Staaten zeitlich zu befristen.